Nr. 55 / 36. Jahrgang — Mittwoch, 6. März 1929 — Einzelnummer 10 Pf.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telephon Sammelnummer 72206. **Postscheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gesp. Kolonelzeile 25 Pfg Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelzeile 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sturm über Mexiko

Generale führen die Reaktion

In Mexiko muß die Regierung des Präsidenten Portes Gil die Rebellion einer Anzahl Generale niederwerfen. Der Aufstand ist gut vorbereitet gewesen. Es ist den Führern gelungen, sofort einen Teil der Regierungstruppen und auch Teile der Flotte auf ihre Seite zu bringen. Ihr erster Vorstoß war so erfolgreich, daß die Mehrheit der mexikanischen Staaten sich ihnen anschloß. Es scheint aber, daß der Gegenstoß der Regierung die Position der Aufständischen schon erheblich geschwächt hat. Wenn die jüngsten Meldungen über die Kämpfe der Wahrheit entsprechen, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die Regierung in absehbarer Zeit die ganze Bewegung wird niederschlagen können.

Die Führer des Aufstandes haben sich in einem Aufruf als die Vertreter der „Freiheit" und die „Retter der Nation" ausgegeben. Sie wollen die „Gewissensfreiheit der Bürger" wieder herstellen. Darunter verstehen sie die Wiederaufrichtung der Machtstellung, die die Kirche früher in Mexiko eingenommen hat. Der Gouverneur von Sonora, der zu den Aufständischen übergegangen ist, hat in einem Manifest bereits sämtliche antikirchlichen Gesetze außer Kraft gesetzt. Damit ist wohl am deutlichsten der reaktionäre Charakter dieser neuesten Revolution enthüllt. Er wird noch besonders dadurch unterstrichen, daß die Generale erklären, der Aufstand richte sich nicht gegen die jetzige Regierung, als vielmehr gegen den früheren Präsidenten Calles, dem sie noch immer einen außerordentlich starken Einfluß auf die Politik der gegenwärtigen Regierung zuschieben. Calles ist nach dem Ausbruch des Aufstandes von Portes Gil zum Kriegsminister ernannt worden und es hat den Anschein, als sei es seiner Energie zu danken, daß die militärische Gewalt der Regierung über die der Aufständischen den Erfolg davonträgt.

Am richtigsten schätzt man diese reaktionäre Revolution wohl ein, wenn man sie als den gewaltsamen Versuch der Generale beurteilt, im Bunde mit der Kirche und den Großgrundbesitzern die Bahn freizumachen für eine arbeiterfeindliche und antisoziale Diktatur. Seit der letzten Präsidentenwahl und vor allem seit der Ermordung Obregons ist es in Mexiko zu lebhaften Auseinandersetzungen über die künftige Politik gekommen. Der mexikanische Gewerkschaftsbund, der die stärkste Organisation im Lande überhaupt ist, war die wichtigste Stütze des Präsidenten Calles. Unter seinem Druck wurde eine fortschrittliche Arbeitergesetzgebung durchgeführt, die freilich infolge der Opposition der Obregonpartei nicht alles verwirklichte, was der Artikel 123 der mexikanischen Verfassung im Jahre 1917 versprochen hatte. Der Gewerkschaftsbund und seine politische Vertretung, die Arbeiterpartei, waren gegen die Wahl Obregons zum Präsidenten. Sie haben sich aber seiner Wahl nicht offen widersetzt, weil eine Stärkung der reaktionären Elemente zu fürchten war. Als nach der Ermordung Obregons Gil zum Präsidenten für eine Zwischenzeit gewählt wurde, verschärfte sich der Gegensatz zwischen Gewerkschaftsbund und Regierung noch mehr. Denn Gil hat als Gouverneur des Staates Tamaulipas mit sozialreaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft gearbeitet. Der Gewerkschaftsbund hat schließlich Ende des vorigen Jahres alle seine Vertreter aus der Regierung zurückgezogen. Wie richtig diese Maßnahme war, das bestätigte Gil, indem er den Artikel 123 der Verfassung abzuschaffen versuchte und mit großer Eile reaktionäre Gesetzentwürfe dem Parlament vorlegte. Ob aus diesem Gegensatz zwischen Arbeitern und Regierung die extremsten Reaktionäre die Hoffnung abgeleitet haben, daß ihnen ein Vorstoß gelingen wird, ist nicht ganz sicher, aber jedenfalls wahrscheinlich.

Der Präsident muß nun, um der Gegenbewegung Herr zu werden, Calles heranholen, der noch immer das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Da die Amtszeit Portes Gils 1930 bereits wieder abläuft, ist seiner Betätigung im Kampfe gegen die Arbeiterschaft eine enge zeitliche Grenze gezogen. Die Arbeiterpartei hat für die im nächsten Jahre fällige Präsidentenwahl den hervorragendsten Führer des Gewerkschaftsbundes, Morones, der der Regierung Calles angehört hat und von den Gegnern am meisten gehaßt wird, als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Die Möglichkeit, daß Morones gewählt wird, scheint nun alle Gegner der Arbeiterbewegung, die Militaristen, Großgrundbesitzer, industrielle Bourgeoisie und Geistlichkeit zusammenzuführen, um durch die Anwendung gewaltsamer Mittel die kommende Präsidentenwahl zu verhindern, um ihre „Nation" vor einem „Bolschewisten", der Morones nicht ist, zu bewahren. Die jetzige Revolution ist ein solcher Versuch. Auch wenn sie niedergeschlagen wird, wird damit gerechnet werden müssen, daß es zu neuen Aufständen kommt, mit deren Hilfe über Mexiko eine militärisch-arbeiterfeindliche Diktatur aufgerichtet werden soll.

Gegen die reaktionären Rebellen!

SPD **Mexiko,** 6. März.

Die Regierung erzielte am Dienstagnachmittag gegen die Rebellen den ersten großen Erfolg. Ihre Truppen stellten in Oricaba (Veracruz) 500 stark bewaffnete Anhänger der aufständischen Generale und nahmen sie restlos gefangen. Außerdem wurde zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet. Es ist bisher jedoch unbekannt, ob und in welcher Form diesem Erfolg ein Kampf vorausgegangen ist. Inzwischen hat die Regierung auch Truppen gegen die anderen meuternden Generäle in Marsch gesetzt. Allem Anschein nach plant sie eine Unterdrückung des Aufstandes mit schärfsten Mitteln.

Das Parlament dürfte voraussichtlich schon in den nächsten Tagen einberufen werden, um der Regierung außerordentliche Vollmachten zu erteilen. Unter anderem ist auch an die Aufhebung der Immunität der in den Aufstand verwickelten und in den bisher von den Rebellen beherrschten Gebieten wohnhaften Abgeordneten gedacht.

SPD. **Mexiko-City,** 6. März.

Der Erfolg der Regierungstruppen bei Oricaba ist nach den inzwischen hier eingetroffenen Meldungen ohne Blutvergießen vor sich gegangen. Inzwischen haben die Truppen weitere Erfolge erzielt. Von den acht rebellierenden Generälen haben bisher drei die Waffen gestreckt.

Der Entschluß der amerikanischen Regierung, auch weiterhin den Ankauf von Waffen für die regulären mexikanischen Truppen zu gestatten, eine Belieferung der rebellierenden Generäle jedoch zu verbieten, steigert die Aussichten der Regierung auf eine endgültige Niederwerfung des Aufstandes beträchtlich. Der von dem Präsidenten Hoover gefaßte Entschluß hat hier eine außerordentlich günstige Aufnahme gefunden und dürfte die Beziehungen zwischen Amerika und Mexiko in Zukunft noch freundschaftlicher gestalten.

Der Aufstand

TU **Mexiko,** 5. März.

Nach den letzten Meldungen aus Mexiko beherrschen die Aufständischen jetzt 10 Staaten und legen einen Gürtel um die mexikanische Hauptstadt, der nur nach dem Stillen Ozean zu offen ist. Telegramme aus Texas, wonach der Präsident Portes Gil und der frühere Präsident Calles gefangen genommen worden seien, werden dementiert. Die Aufständischen haben außer den Indianerstämmen des Nordens auch die Anhänger der klerikalen Partei auf ihre Seite gebracht, indem sie alle Kirchen wieder öffneten. Um Washington zu beruhigen, teilten sie mit, daß amerikanische Interessen in Mexiko durch sie nicht angetastet würden. Ihr Hauptziel sei die Ausweisung Calles'. Das Kabinett in Mexiko-Stadt tagt ununterbrochen.

10 Jahre Reichswehr

Herr von Seeckt über Wehrmacht und Politik

Am 6. März feiert die Reichswehr ihren zehnten Jahrestag. Der einstige Reichswehrminister in Permanenz, Herr Geßler, widmet in der Berliner Börsenzeitung diesem Tage einen Gedenkaufsatz, der sich in echt Geßlerschen Redewendungen bewegt. Ihr Charakteristikum war und ist, daß man aus den Darlegungen des Herrn Geßler, je nach Bedarf und je nach der politischen Orientierung, von ungefähr alles entnehmen kann. Der einstige Reichswehrminister warnt zwar, daß sich die Wehrmacht soweit vergessen könnte, dem Staat ihren eigenen Willen aufzudrängen, denn das würde für die Wehrmacht selbst zur „höchsten Krisis" führen, aber Herr v. Seeckt liefert unmittelbar den entsprechenden Kommentar dazu.

Herr Geßler sprach ferner vor wenigen Tagen im Deutschen Herrenklub für Nordwestsachsen, eine anscheinend sehr exklusive Körperschaft. Wichtiger aber als alles, was Reichswehrminister der Republik von je gesprochen haben, sind die Offenbarungen des eigentlichen Begründers der neuen Wehr, des Generalobersten von Seeckt, dem Epigonen Helmut von Moltkes.

Herr von Seeckt ist als der große Schweiger in Stadt und Land bekannt. Eben deswegen aber ist es von besonderem Interesse, wenn er die Hülle seines Schweigens bricht. Er ist der gelehrigste Schüler von Clausewitz', den die preußische Monarzie, nachdem 1815 Napoleon durch die Hilfe der Militärreformer niedergeworfen worden war, in einer Kadettenschule geistig völlig verkümmern ließ.

Von Clausewitz hat das für alle Militärs entscheidende Wort geprägt, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik, nur mit anderen Mitteln sei. Und Herr von Seeckt, der Schüler, wandelt getreu in den Bahnen seines Meisters. Ist der Krieg nur die „Fortsetzung" der Politik mit anderen Mitteln, dann ergibt sich klar und scharf, daß die Wehrmacht die Politik entsprechend beeinflussen muß, noch bevor sie im Krieg „fortgesetzt" werden soll. Entscheidend ist daher die Außenpolitik, woraus sich gewisse Zusammenhänge zwischen der Wehrmacht und der Außenpolitik notwendigerweise ergeben müssen. Herr v. Seeckt, der immer mit soldatischer Offenheit geredet und gehandelt hat, wies in einer Rede, die er am Dienstagnachmittag vor der „jungpreußischen Bewegung" — wie die Tel.-U. berichtet — in Königsberg gehalten hat, auf die ersten Anfänge der Reichswehr hin. Am 3. März 1919, erklärte er, wurde die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte vernichtet. Dies geschah auf den Barrikaden in den Straßen von Berlin, allwo die letzte Welle der spartakistischen Bewegung niedergeschlagen worden war. Der 6. März ist dann der Geburtstag der „ostpreußischen" Reichswehr gewesen. Und von diesem Tage an proklamierte Herr von Seeckt, mehr oder minder scharf betont, das Primat der Reichswehr in der Außen- und Innenpolitik, trotz all der schönen Reden, die die parlamentarischen Verantwortlichen, die Noske und Geßler, gehalten haben.

Und Herr von Seeckt erklärt mit erfreulicher Offenheit, er habe sich schon „während seiner Amtstätigkeit nicht hinter die Verantwortlichkeit der Minister verkrochen". Noch viel weniger werde er jetzt, „als freier Mann das Gefühl der Verantwortlichkeit los". Der einstige Generaloberst Wilhelm II. hat den Kreis seiner Verantwortlichkeiten reichlich weit gespannt, und die Tradition des Herrn von Seeckt ist seither im Reichswehrministerium unvermindert in Geltung geblieben. Das zeigte der Inhalt der Gröner-Denkschrift zur Panzerkreuzerfrage, durch die Außenpolitik auf eigene Faust getrieben wurde. Herr von Seeckt stellte denn auch offen und ehrlich fest, daß in den Tagen der Gründungszeit

„trotz der Unterstützung durch ostpreußische Wirtschaftskreise die gesamte Innen- und Außenpolitik in den Händen der Militärs gelegen habe".

Herr von Seeckt hat damit nur ausgesprochen, was bisher schon jedem Kenner der Dinge geläufig war. Nicht anders ist es auf dem Gebiete der Innenpolitik. Für diesen Aufgabenkreis formuliert Herr von Seeckt die Aufgaben der Reichswehr folgendermaßen: „Das Heer dürfe nicht zum willenlosen Diener wechselnder Parteiherrschaft werden." Damit ergibt sich eine Reihe von innerpolitischen Fragen, die durch die Reichswehr erörtert werden müßten. Herr von Seeckt greift nur zwei heraus, und zwar:

„Die Bedeutung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und die Frage der Wehrhaftmachung, die ja zur Außenpolitik überleitet."

Der Generaloberst betrachtet also auch alle innerkolitischen Fragen, echt militärisch, nur im Gesichtswinkel der Wehrpolitik, die wiederum den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik bedingt. Darum empfindet Herr von Seeckt die Fesseln der Wehrbeschränkung, und zwar „auf unbestimmte Zeit", drückender denn je. Sie sei schwerwiegender, als die Frage der Rheinlandräumung. Die Abrüstungspolitik macht Herrn v. Seeckt weniger Sorgen, denn von Seeckt ist einer der klügsten Leute in der Kaste der internationalen Militärs. Ihm kommt es nicht auf den Soldatenstand in den Kasernen an. Für ihn ist entscheidend das Kriegspotential, die Möglichkeiten kommender Rüstungen, die durch die Entwicklung der Industrie notwendig gekennzeichnet werden. Darum kommt es Herrn von Seeckt nur auf „einen Ausgleich der Rüstun-

Leipziger Messe und Reichsetat

Eine Erklärung des sächsischen Gesandten

TU **Berlin,** 5. März.

Bei der heutigen Etatsberatung im Reichsrat beantragte zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums der preußische Staatssekretär Weißmann, die Mittel für das Ausstellungs- und Messewesen zusammenzufassen und die Entscheidung über die Verteilung auf die einzelnen Messen erst später zu treffen. Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer gab hierzu folgende Erklärung ab:

„Die sächsische Regierung hat die Leipziger Messe nie als eine spezielle sächsische, sondern als eine allgemeine deutsche Angelegenheit betrachtet. Sie ist aber, da die Messe in Leipzig abgehalten wird, am besten über die Bedürfnisse und Wünsche der Leipziger Messe unterrichtet. Daher ist ihr auch bekannt, daß die Leipziger Messe für ihre großzügige Organisation im Auslande, die anerkanntermaßen hervorragende Bedeutung für die Steigerung des deutschen Exports hat, dauernde große Verpflichtungen eingegangen ist. Es müssen insbesondere die Mieten und die Gehälter auf Grund langfristiger Verträge weitergezahlt werden. Deshalb hat die Leipziger Messe ein begründetes Interesse daran, so zeitig als möglich zu wissen, mit welchen Einnahmen sie rechnen kann. Eine solche Gewißheit kann ihr aber nur dadurch gewährt werden, daß ihr schon jetzt im Etat, wie im vorigen Etat, eine bestimmte Summe von 800 000 Mark als Reichszuschuß ausgeworfen wird. Mit der von Preußen vorgeschlagenen Verschiebung der Entscheidung darüber, wie der Reichszuschuß auf die einzelnen Messen und Ausstellungen verteilt wird, ist ihr daher nicht gedient. Die Vorlage der Reichsregierung trägt dem Bedürfnis der Leipziger Messe besser Rechnung, und die sächsische Regierung bittet daher, von der Aenderung abzusehen."

Der preußische Antrag wurde angenommen.

Fünf Generale hingerichtet

TU **London,** 5. März.

Buschangs, des Führers der aufständischen Bewegung in Schantung, sind am Dienstag in Tientsin hingerichtet worden. Sie wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und nach kurzer Verhandlung zum Tode verurteilt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290306/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG